



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Trap, die so hoch hinaus gewollt hatte und ein Sehnen nach dem Schönen, Strahlenden, Glanzvollen der Märchenwelt in sich getragen hatte, das hieß sie jetzt Glück.

Domke hob den Kopf und sah die fleißige Arbeiterin ihm gegenüber prüfend an. Er hatte ein geheimes Wohlgefallen an dem schönen, weichsintigen Gesicht, das sich unverwandt auf das Klöppelkissen niederbeugte.

Nun laß es gut sein, Fintje. Mach endlich Feierabend!

Er streckte ihr die Hand hin über den Tisch. Sie ließ hastig von der Arbeit ab und lächelte dankbar bei dem anerkennenden Händedruck.

Du bist doch ein liebenswürdiges, anmutiges Geschöpf, sagten Domkes Augen, vielleicht bringe ichs fertig, über den dunkeln Punkt in deinem Leben hinwegzusehen!

Und Fintje lächelte dankbar für so viel Großmut.

Kleine Mädchen müssen bescheiden sein!



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. Die Handelsverträge sind unter Dach und Fach, die Kanalvorlage ist es ebenfalls, denn im Herrenhause wird sie nicht scheitern, damit sind nicht nur zwei Fragen ersten Ranges für Deutschland und Preußen gelöst, sondern — was mindestens ebenso wichtig ist — es sind auch zwei Streitpunkte aus der Welt geschafft, die unser politisches Leben lange schwer belastet haben. Da die Zolltarif- und die Handelsvertragsfragen aller zwölf Jahre wieder aufleben und schon vor Ablauf der Periode auf deren letzten Abschnitt ihren Schatten werfen, so handelt es sich bei diesen tatsächlich mehr um einen langen Waffenstillstand als um einen Frieden. Darum hat fast keine Partei unterlassen, an das Ende dieser Frist ihre Hoffnungen zu knüpfen: die Linke, indem sie noch einmal das Freihandelsgepenst heraufbeschwor, die Sozialdemokratie, indem sie dem „Wuchertarif“ fluchte, innerlich aber froh war, daß die Mehrheit des Reichstags den sozialdemokratischen Wählern die Erhaltung ihrer Arbeitsgelegenheit sicherte; die agrarische Rechte, indem sie die recht großen Errungenschaften der neuen Verträge als „Abschlagszahlung“ schmunzelnd entgegennahm. Herr von Oldenburg, ihr Sprecher, versicherte mit einer tiefen Verbeugung gegen den Reichskanzler, daß Graf Bülow nach zwölf Jahren an der Spitze des Bundes der Landwirte den Reichstag ausfegen werde. Aber auch die agrarischen Bäume pflegen nicht in den Himmel zu wachsen, und Prophezeiungen über das, was nach zwölf Jahren sein wird, sind eitel. Vor allen Dingen wird es jetzt darauf ankommen, ob die Konservativen entschlossen auf den Boden der völlig veränderten politischen Lage treten, die durch die Annahme der Handelsverträge und der Kanalvorlage für sie geschaffen ist. Das Verhalten des größten Teils der Konservativen — auch noch bei der Abstimmung über die Kanalvorlage — war ein politischer Fehler, der sich nur mit dem Verhalten der Fortschrittspartei zu der Militärvorlage der Konfliktjahre vergleichen läßt. Solche Fehler aber darf eine Partei, die sich als regierungsfähig erweisen will, nicht machen, die unabweißbare Folge ist seit vielen Jahren das Sinken des konservativen Einflusses in unserm gesamten Staatsleben gewesen. An lehrreichen Vorgängen solcher Art ist die neuere Geschichte wahrlich auch sonst nicht arm: so haben die Deutschen in Osterreich durch das Verhalten ihrer Führer in der bosnischen Okkupationsfrage die Stellung des Deutschtums nicht nur schwer geschädigt, sondern die ehemalige Hegemonie im Kaiserstaate fast unwiederbringlich verloren.

Für unsre Konservativen liegt nun allerdings die Erklärung ihres Verhaltens darin, daß sie durch ihre ursprüngliche Stellung zur Kanalvorlage dem mit den Handelsverträgen von 1892 beschrittenen Wege ein Ziel setzen wollten. Eine heute

in Vergessenheit geratne Rede des Fürsten Hohenlohe aus dem Jahre 1899, worin er ausführte, daß Deutschland aufgehört habe, Agrarstaat zu sein und Industriestaat geworden sei, tat das übrige, um den latenten Gegensatz der preußischen Konservativen zu dem damaligen Reichskanzler neu zu beleben. Dieser Gegensatz beruhte auf der innern Anschauungsweise des Fürsten Hohenlohe. Die jüngst begonnene Veröffentlichung aus seinen hinterlassenen Briefen und Papieren tut dar, daß ein solcher Gegensatz der Anschauungsweise bei ihm schon in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, im allerersten Anfange seiner preußischen Staatslaufbahn, vorhanden gewesen ist. Als der Fürst fünfzig Jahre später, gereift durch die Erfahrungen eines langen politischen Lebens, an die Spitze des Reichsdienstes und des preußischen Staatsdienstes gerufen wurde, war er innerlich derselbe geblieben, die preußischen Konservativen aber waren es im wesentlichen auch. In diesem öffentlich unausgesprochen gebliebenen Gegensatz ist eine ganze Reihe von Umständen enthalten, die auf die Gestaltung unsrer innern Lage bestimmend, wenn auch wenig erfreulich eingewirkt haben. Ein Hohenlohe war schon 1415 im Dienste des ersten Hohenzollern in der Schlacht am Kremmer Damm gegen den märkischen Adel gefallen, innerhalb fast eines halben Jahrtausends ist der Prägestempel, wenn auch modernisiert, so doch in der Hauptsache unverändert geblieben. Den preußischen Konservativen war und blieb der preußische Ministerpräsident „ein Fremder.“ Die warme und von tiefer, aufrichtiger Verehrung getragne Sympathie, die er seinem großen Vorgänger unbeeinflusst durch wechselnde Stimmungen und Strömungen bewahrte und öffentlich bekundete, hatte ihm vielen Beifall in den mittlern Volksschichten erworben, die preußischen Konservativen gewann er auch dadurch nicht. Man hat sich seinerzeit erstaunt gefragt, wie Fürst Hohenlohe als Statthalter der Reichslande darauf gekommen sei, den jetzigen Staatssekretär in Straßburg und damaligen Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main, Herrn von Koeller, einen altpreußischen Konservativen, als Unterstaatssekretär des Innern nach Straßburg zu berufen. Der Fürst hat sich gelegentlich damals wie folgt ausgesprochen: er habe der unaufhörlichen Anfeindung durch die preußischen Konservativen, die ihm den Statthalterposten, auf den er ohne sein Zutun berufen worden sei, nicht vergeben könnten, damit ein Ende machen wollen. Entweder bewähre sich Herr von Koeller, der ihm vom Oberbürgermeister Miquel in Frankfurt sehr warm empfohlen worden sei, dann sei es gut, und die Konservativen könnten durch die Berufung eines der ihrigen auf einen so wichtigen Posten nur befriedigt sein. Oder er bewähre sich nicht, dann hätte die Partei ihren Willen gehabt und den Beweis erbracht, daß sie nichts könne, wenigstens im Elsaß nichts könne. Mir hat diese Argumentation damals zunächst keinen überzeugenden Eindruck gemacht, später habe ich sie als einen Zug aus dem Gesamtbilde eines jahrhundertealten Gegensatzes wohl verstanden.

Dem jetzigen Reichskanzler gegenüber hatte die konservative Partei insofern von vornherein eine andre Stellung, als erstens den Namen Bülow eine große Tradition im preußischen Staats- und Heeresdienst umgab, zweitens man hinlänglich Gelegenheit gehabt hatte, den neuen Reichskanzler während der Zeit seines Staatssekretariats ungeachtet der von ihm beobachteten großen Zurückhaltung genauer kennen zu lernen. Bei dem starken Bedürfnis nach einem Manne des Vertrauens war man froh gewesen, als Nachfolger des Herrn Marschall einen Diplomaten zu erhalten, dem der Ruf großer Geschicklichkeit und einer glücklichen Hand vorausging, der persönlich wie auch durch seine Familie und deren Tradition nicht als Fremder anzusehen war, und dem für intimere Kreise auch die persönliche Wertschätzung des Fürsten Bismarck und des Grafen Herbert Bismarck zur Seite stand. Beide hatten, wenn sie nach einem Nachfolger für Herrn Marschall befragt wurden, in erster Linie auf Herrn Bülow hingewiesen. Sein Vater stand in dem Bismarckschen Kreise wie auch im Reichstage in gutem Andenken, er war in schwierigen Situationen der Vertrauensmann und treue Berater Bismarcks gewesen. Für die breitem Schichten aber umgab und umgibt den Namen Bülow die Gloriole des Generals Bülow-Dennewitz, den König Friedrich Wilhelm der Dritte vielleicht besser

Bülow-Großbeeren genannt hätte, denn wenngleich Dennewitz die schwierigere und ruhmvollere, so war Großbeeren doch die unerschrockenere Tat. Zu beiden gesellt sich die hervorragende Führung des Bülow'schen Korps in dem großen Flankenstoß bei Belle-Alliance. Im Volksmunde lebt der General Bülow-Dennewitz neben York. Sein Wort: „Unsre Knochen sollen vor Berlin bleichen, nicht hinter Berlin,“ als er gegen die Vorschriften des unzuverlässigen Kronprinzen von Schweden den Rückzug hinter die Spree ablehnte und dem von Trebbin her anrückenden Feinde entgegenging, ist ihm namentlich in Berlin und bei den Berlinern unbergessen geblieben und hat um seinen Namen einen Schimmer der York'schen Unbeugsamkeit „scharf wie gehacktes Eisen“ geponnen. „Das York'sche Korps“ ist auch heute noch der höchste Ruhmes- und Ehrentitel im preußischen Heere. Daß auch den Namen Bülow ein lichter Schimmer dieses Ruhmesstranzes umleuchtet, ist für die Masse der Bevölkerung auch dem jetzigen Reichskanzler zustatten gekommen, es war ein Lichtstrahl, der auf seinen Eintritt in das Amt fiel und die Schwelle freundlich beleuchtete. Wer — wie Graf Bülow — den Wert der Imponderabilien im öffentlichen Leben versteht, wird auch diesen Umstand zu schätzen wissen, so gering auch immerhin die direkten verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem Bülow der Befreiungskriege sein mögen. Der Volksgedanke hält sich bei genealogischen Schwierigkeiten nicht auf. Ihm genügen die drei Siegeszeichen: „Großbeeren, Dennewitz, Planchenolt,“ mit dem Namen Bülow den Begriff des Sieghaften zu verbinden, und bis jetzt ist, gottlob, dieses Volksempfinden nicht enttäuscht worden.

Graf Bülow ist als homo novus in die innere Politik hineingekommen. Einerseits war es für ihn gewiß eine große Erschwerung, daß er bis dahin der innern Verwaltung völlig fern gestanden hatte, andererseits aber eine große Erleichterung, weil er an alle Fragen, an alle Parteien und Personen in voller Unbefangenheit herantreten konnte, durch keine Rücksicht gehemmt als durch die historische Tradition des Staats und durch die Erreichbarkeit des ins Auge gefaßten Ziels. Keine langjährigen Parteikämpfe, keinerlei persönlich zugespitzte Gegensätze beengten seinen Weg. Dem ersten Reichskanzler hatte es seine innerpolitische Arbeit in hohem Maße erschwert, daß er bis an sein Lebensende auf dem Boden des Gegenjages zu der Bewegung von 1848 stand. Die Parteien und Personen, mit denen er seit dem vereinigten Landtage von 1847 her gerungen hatte, waren und blieben seine Gegner, oft unter scharfer persönlicher Zuspitzung. Mit Haß und Mißtrauen war er 1862 empfangen worden, bis in die unmittelbarste Nähe des Throns hatte er um seine Stellung täglich neu zu kämpfen gehabt, die hochgehenden Leidenschaften der Konfliktjahre vertieften die Kluft, die ihn von dem größten Teile der Landesvertretung, von weiten Volkskreisen, ja sogar von den einflussreichsten Persönlichkeiten der königlichen Familie trennte. Er war schon Veteran des politischen Kampfes, als er in das Amt trat, die heißen parlamentarischen und publizistischen Schlachten bis zum Frühling 1866 fügten Narbe auf Narbe hinzu. Bei der Enthüllung des Berliner Bismarckdenkmals hat Graf Bülow diese Situation treffend gezeichnet. Bismarck war für die Monarchie, war für den Staat der Retter in einer verzweifelten Lage gewesen — „als der Griechen Schiffe brannten, war in deinem Arm das Heil“ —, er hatte seine Persönlichkeit gegen alle Unbill des Tags einsetzen müssen. Da verschwand alle Weichheit aus ihm, die dem gemütvollen Manne ursprünglich eigen war und ihm dann nur in seinen Beziehungen zu seiner Familie und einem sehr engen Kreise erhalten geblieben ist. Stahlhärte trat an ihre Stelle, der Volksmund machte den „eisernen Kanzler“ daraus. Graf Bülow steht zu Bismarck ungefähr in dem Verhältnis wie Moltke zu Gneisenau. Moltke begnügte sich, in der eroberten Stellung des Feindes zu schlafen, Gneisenau rastete nicht, bevor er den Gegner vernichtet wußte. Der eine begnügte sich mit der Niederkämpfung, der andre erstrebte die Zerreißung. Eine Verfolgung, wie die bei Belle-Alliance, lag nie in Moltkes Art, er liebte nichts, was sich mit elementarer Gewalt entladend der Berechnung entzog. Bismarck war der gefürchtete politische Gegner, gefürchtet sowohl

durch seine persönlichen Eigenschaften, seine Überlegenheit, seine Kraft, als auch durch das rücksichtslose Einsetzen aller in seiner Hand liegenden Mittel des Staats für seine Ziele. Graf Bülow ist sogar Nebel gegenüber noch niemals aus der Rolle des nur sachlich fechtenden Staatsmannes herausgetreten. Persönliche Gegnerschaft liegt ihm fern. Er hat sie bisher von niemand im Parlament erfahren, er hat sie gegen niemand geübt. Er ist nicht der Achill der parlamentarischen Schlacht, nicht der Telamoner des staatlichen Heeres. Er treibt nicht seine Gegner zur Karreestellung zusammen, um sie in dieser durch einen niederschmetternden Angriff zu vernichten, er versteht es, ihre Reihen vor der Schlacht zu schwächen. Seine Methode ist nicht die heroische Bismarcks, dazu sind auch die Zeiten und die Verhältnisse nicht angetan, aber er kommt auf seine Art auch zum Ziele. Bismarck hat die Knoten durchgehauen, Bülow löst sie auf. Sein Haupthilfsmittel dazu ist — die Geduld. Bismarck hat in den letzten Jahren seines Lebens oft den Ausspruch wiederholt: Ein Staatsmann muß warten können! Ungebuld kommt meist immer nur dem Gegner zustatten. Bülow versteht es meisterhaft, zu warten und den Gegner, den er in der Rüstung vielleicht nicht zu bezwingen vermag, umzustimmen und weich zu machen. Man hat in den letzten Wochen viel von dem „Glück“ des Grafen Bülow gesprochen. Der Ruf einer glücklichen Hand ging ihm ja voraus, aber sonst ist sein Glück nicht größer, als das Bismarcks beim Tode Friedrichs des Siebenten von Dänemark war. Auch der genialste Staatsmann oder Feldherr bedarf des Glückes zu seinen Erfolgen, im übrigen wollen wir mit diesen selbst zufrieden sein und dem Auslande das Kopfzerbrechen überlassen, ob mehr Glück oder mehr Genie des Reichskanzlers uns dazu verholfen habe.

Sein Februar=Doppelsieg hat zu einer großen Wendung der innern Lage geführt; mögen die Parteien, die an dem Blühen und Gedeihen des Vaterlandes ein Interesse haben, diese Wendung geschickt benutzen und ausnutzen. Unfre Staatspolitik hat, wenn auch vielleicht noch nicht in allen Fragen der einzelnen Ressorts, das große freie Fahrwasser der Bismarckischen Politik wieder erreicht, die Wendung von Capri zu Bismarck ist vollzogen, und für die Parteien gilt fortan, was Bismarck bei den Barziner Verhandlungen 1877 zu Bennigsen sagte: „Ich liege mit dem Dampfer an der Station und warte auf Ihr Einsteigen.“ Der Segen des Kanals und der Handelsverträge muß zunächst darin bestehen, daß sie uns eine starke und zuverlässige nationale Mehrheit in die Parlamente bringen. Ist erst das Heer da — der Führer wird ihm nicht fehlen. *g*

Die russische Verfassungsfrage. In Rußland wirkt die faulige Gärung weiter, sie breitet sich aus, sie greift tiefer, sie lähmt weithin die Industrie und den Verkehr, aber nirgends kommt es zu einer energischen revolutionären Erhebung; denn Rußland ist trotz allem Absolutismus nicht im entferntesten so zentralisiert wie Frankreich, weder Moskau noch Petersburg ist in dem Sinne maßgebend wie Paris, die großen Mittelpunkte sind voneinander zu weit entfernt, und die Elemente, von denen die Bewegung getragen wird, wirken nicht zusammen, denn sie hat zwei Ausgangspunkte und geht nach zwei Richtungen. Die Ausstände der Fabrikarbeiter, die heiläufig auch erkennen lassen, welche bedeutende Industrie in Rußland doch aufgekommen ist, haben ein rein soziales Ziel, die Verbesserung der Lage der Arbeiter, und dieses Ziel bringt die Arbeiter mit dem Unternehmertum, also einem Teile der „Intelligenz,“ in Gegensatz; die „Intelligenz,“ die Vertreter der Wissenschaft, der höhere Bürgerstand, ein Teil des Adels, will vor allem eine politische Reform, eine Verfassung. Die große Masse des Volks aber, die Bauernschaft, bleibt völlig teilnahmslos oder erwartet eine Besserung ihrer Lage von der zarischen Autokratie. Man sage nun nicht, die „Konstitutionellen“ seien höchstens zwei Millionen von hundert Millionen, kämen also nicht besonders in Betracht. In Betracht kommt überall die lebendige Kraft.

nicht die stumpfe Masse, und das Schicksal eines Volks hängt nicht von dieser, sondern von seinen führenden Ständen ab. Die osmanischen Türken sind nach dem Urteil aller Kundigen ein durchaus tüchtiges Volk, brav, fleißig, zuverlässig und bei den bescheidensten Ansprüchen unübertreffliche Soldaten, aber sie haben keine Aristokratie, und darum ist ihr Reich im Verfall. Ob die russischen Bauern eine Verfassung wollen oder nicht, das ist gleichgiltig; wenn die Gebildeten sie ernstlich wollen, so wird sie kommen, so oder so, denn eine Regierung, die sich in dauernden Widerspruch mit den gebildeten Ständen setzt, ist unhaltbar; das zeigt alle Geschichte. Man sage auch nicht, die Hauptsache sei dort Reform der Verwaltung; für eine Konstitution sei das russische Volk noch nicht reif. Gewiß ist das erste richtig, aber zur Ausführung solcher Reformen bedarf es, wie die russische Bureaucratie nun einmal ist, der Mitwirkung des Volks, und für eine solche werden die Russen doch wohl so reif sein wie die eben erst der türkischen Knechtschaft ent-rissenen Bulgaren; jedenfalls wird unter der Autokratie kein Volk reif für die Freiheit, sondern nur in der Freiheit. Die Russen haben gewiß noch eine schwere und lange politische Schule vor sich, aber etwas so Neues, Unerhörtes, wie die Anhänger des Absolutismus es darzustellen lieben, ist der Verfassungsgedanke in Rußland gar nicht, und die zarische Autokratie ist gar nichts Urrussisches. Sie ist vielmehr fremden, mongolischen, orientalischen Ursprungs; der Großfürst von Moskau ist Herr von Rußland geworden als der Generalsteuereinnahmer des absoluten Mongolenkhanes, und die gegenwärtige Autokratie ist die Schöpfung Peters des Großen, also nur etwa zweihundert Jahre alt. Vorher sind die Bojaren, die Lehnsleute des Zaren, zeitweilig zu einer „Landesversammlung,“ einem Semskej Sobor, berufen worden, zuweilen mit Vertretern der Geistlichkeit und der Städte; ein solcher Semskej Sobor hat am 7. Februar 1613 nach langem Bürgerkriege die Romanows erhoben, die Vorfahren der gegenwärtigen Dynastie Holstein-Gottorp (seit 1762), und erst seit Peter dem Großen erlosch die Institution tatsächlich, nicht anders als die französischen États généraux seit 1614, die 1789 auch wieder auflebten. Auch der moderne Verfassungsgedanke ist in Rußland nichts ganz Neues. Alexander der Erste hat ihn ernsthaft erwogen und 1821 einen ausführlichen Entwurf dafür aufstellen lassen, eine Konstitution war das Ziel des Militäraufstands der „Dekabristen“ von 1825, und als die nihilistische Bombe am 13. März 1881 Alexander den Zweiten, den besten und gütigsten Herrscher, den Rußland jemals gehabt hat, zerriß, da lag die ausgefertigte Verfassungsurkunde zur Unterschrift in seinem Kabinett. Auch jetzt taucht der Gedanke des Semskej Sobor neben andern administrativen Reformen wieder auf, sogar im Kabinett des Zaren, und er ist weithin zum Schlagtruf geworden. Auch hat das russische Volk im neunzehnten Jahrhundert doch viel gelernt. Elemente der Selbstverwaltung, der unentbehrlichen Grundlage jeder wirklichen Verfassung, sind seitdem entstanden, die Semsowa der meisten Gouvernements und die Dumas (Stadtträte), dazu eine hochentwickelte, ruhige, wenngleich noch vielfach beschränkte Presse, die oft genug ein offnes freies Wort wagt; die Leibeigenschaft ist seit fünfzig Jahren aufgehoben, und die Industrie hat eine Fabrikarbeiterschaft ins Leben gerufen, die sich zu fühlen beginnt und teilweise schon organisiert ist. Die größte Schwierigkeit liegt offenbar in der Gestaltung eines künftigen Reichstags und in der Abmessung seiner Befugnisse. Jene wird unter keinen Umständen auf dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechte beruhen dürfen, das sich bei uns fortgesetzt so schlecht bewährt, und das vollends für Rußland nur Utopisten fordern können, sondern eher auf einer Ständevertretung, und seine Haupttätigkeit wird die Kontrolle der korrupten Verwaltung sein müssen, über die sich alle Welt empört; eine starke Monarchie wird Rußland unter allen Umständen bleiben müssen. Wie ein russischer Reichstag auftreten würde, kann, zumal da die verschiedenen Nationalitäten des europäischen Rußlands doch auch darin vertreten sein und zu Worte kommen würden, niemand voraussehen, und darin liegt gewiß eine große Gefahr; aber wenn man bedenkt, welche Summe von Kenntnissen, Intelligenz, Opfermut und Patriotismus zum Beispiel in der spanischen

Konstituante von 1812 zutage getreten ist in einem jahrhundertlang von einem weltlichen und kirchlichen Despotismus mißhandelten Volke, so kann man auch dem kommenden Semski Sobor nicht ganz ohne Hoffnung entgegensehen. Alles kommt darauf an, daß der Zar rechtzeitig den Entschluß faßt, ihn zu berufen und die schon begonnenen Reformen der Verwaltung, zu deren Beratung ja auch schon Vertreter der Interessenten zugezogen werden sollen, durchführt, daß er sich davor nicht abschrecken läßt durch die ruchlose Bluttat des 17. Februars, die Ermordung des Großfürsten Sergius, die jedermann verurteilt und doch jedermann begreiflich findet, denn der Despotismus, gemildert durch den Meuchelmord, ist ebenso russisch wie türkisch. Wie anders stünde heute Rußland da, wenn sich Alexander der Dritte das Herz gefaßt hätte, den Verfassungsentwurf seines ermordeten Vaters auszuführen! Schärfere als es schon bisher — und zwar ohne rechte Wirkung — geschehen ist, lassen sich die Zügel nicht mehr anziehen; über Salven, Verhaftungen und Unterdrückung mißliebiger Zeitungen kann man schließlich auch in Rußland nicht hinausgehn.

Freilich, eins wird dabei häufig im Abendlande übersehen. Rußland ist auch darin ein halborientalisches Reich, daß Staat, Kirche und Volk untrennbar verbunden sind, daß der Zar zugleich das Oberhaupt der Kirche ist, und daß der echte Russe der „orthodoxen“ Kirche angehören muß. Für die Wohlfahrt und die Erziehung des Volkes leistet diese Kirche fast nichts, sie predigt nur die unbedingte Autorität des Zaren und ihre eigne. Was soll nun mit der russischen Kirche werden, wenn die Autokratie ins Wanken gerät? Das wird auch auf sie hinüberwirken, sie wird die modernen abendländischen Ideen der Toleranz und der Glaubensfreiheit vom „heiligen“ Rußland nicht mehr so ausschließen können wie bisher; damit aber müßte sie ihr eignes Prinzip aufgeben, sie würde dem Sektenwesen, zu dem die Russen ganz besonders neigen, Tür und Tor öffnen, und sie würde ihre eigne zusammenhaltende Kraft verlieren. Zerfällt sich aber das großrussische Volk, der eigentliche Träger des Reichs, in kirchliche und politische Parteien, dann ist nicht abzusehen, wie es die fremden Nationalitäten des Reichs länger zusammenhalten soll, die es ihm gewaltsam einverleibt, aber trotz allen Brutalitäten gegen die Polen, die baltischen Deutschen und die Finnländer nicht mit sich verschmolzen hat. Kurz, die Verfassungsfrage wird über die Zukunft des Reichs entscheiden.

So ist schon die innere Lage für den Zaren fast verzweifelt. Wenn nun vollends Rußland durch Verpflegungs- und Transportschwierigkeiten verhindert werden sollte, in der Mandchurei eine den Japanern wesentlich überlegene Armee aufzustellen, was es bisher doch immer noch gehofft hat, wenn es also keinen entschiednen Landsieg erfechten kann, und wenn die letzte Flotte, die es aufzubieten hat, eine Niederlage erleidet, dann ist nicht abzusehen, wie es zu einem ehrenvollen, sein Ansehen nicht tief schädigenden Frieden kommen soll. Muß es aber einen ungünstigen Frieden schließen, dann wird nicht nur sein Prestige in Asien aufs schwerste erschüttert, sondern auch die Macht der Regierung, und das in einem Augenblicke, wo es einer starken Regierung zur Überwindung der innern Schwierigkeiten bedarf. Wird aber Rußland auf längere Zeit mattgesetzt, dann gerät auch das Gleichgewicht der Mächte in Gefahr, und das könnte nur zugunsten Englands sein, das mit der Schwächung der russischen Marine eins von den Gegengewichten seiner Übermacht ausscheiden sähe. Für Deutschland wäre es, wie die Dinge liegen, im höchsten Grade unerwünscht, diese Übermacht Englands und der englischen Flotte mittelbar noch mehr verstärkt zu sehen, besonders nachdem eben erst ein hoher Beamter des englischen Marineministeriums so unklug aus der Schule geschwagt hat. Es ist also in Deutschlands Interesse, daß Rußland im Innern bald zu einer Klärung und Befestigung seiner Zustände, nach außen zu einem annehmbaren Frieden gelangt. Niemals ist einem russischen Staatsmann eine wichtigere und schwierigere Aufgabe gestellt worden. *

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. W. H. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig